

## Das Herz der Stadt schlägt im Zentrum

Quelle: aus  
„Zwischen Coletti und Capriccio“  
Bildband 1995

### Inhalt

Lücken bei Kernbrennstoffen	Seite 2
Fehlende Mädchen-geburten in Thune	Seite 2
Fracking: keine Gifte in den Boden!	Seite 3
Verkehrschaos im Norden	Seite 3
Trojanische Geschenke	Seite 4
Stadt und Borek 35 mal verquickt	Seite 4
Operettenhafter Monarchismus	Seite 5
Tolle Kultur statt oller Herzöge	Seite 5
Schwarzer Filz im Rathaus	Seite 6
Diskussion um neues FBZ	Seite 7
Märchen vom fliegenden Simulator	Seite 7
Interview mit Christos Pantazis	Seite 8
Gemeinschaftliches Wohnen	Seite 8

**Zehn Jahre sind seit der Schließung des Freizeit- und Bildungszentrums (FBZ) vergangen.** Vor drei Jahren ließ der Rat die Gebäude im Bürgerpark zugunsten eines Hotelprojektes abreißen. Die Diskussion um die Wiedererrichtung eines Freizeit- und Bildungszentrums ist eng mit der Standortfrage verbunden. Wem gehört eigentlich die Stadt? Das Erscheinen des Buches „Bohlweg-Zeiten“ dürfte diese Auseinandersetzung um das Wesen der Stadt noch verstärkt haben.

**Dazu einige Stimmen aus Braunschweig:**

**Frank K.:** Das FBZ sollte zentral gelegen sein oder als Kompromiss an allgemein bekannten Orten wie z.B. Schimmelhof, etc., die gut mit Öffentlichen

Verkehrsmitteln erreicht werden können. Gute Parkmöglichkeiten müssen vorhanden sein. Der Saal für die Veranstaltung sollte in der Größenordnung vom alten FBZ liegen, aber mit einer vorzuhaltenden Raumbtrennung für kleinere Events. Die räumliche Gegebenheiten dürfen sich nicht nur auf Indoor beschränken. Ein gut gestalteter nutzbarer Außenbereich sollte für Jazzfrühstücke, Akustikabende, Umsonst- und Draußen-Festivals und Sonstiges nach Möglichkeit vorhanden sein. Kunst und Kultur braucht viele Stimmen und viele Gesichter. Eine solche Diversität fehlt aber meines Erachtens nach in Braunschweig fast völlig. Es gibt den Silberclub und es gibt Neunraumkunst- alles eher ältere Semester

und - wie ich finde - auch nicht progressiv genug - gerade in der Ästhetik - das hat doch alles eher einen 80er/90er „Charme“.

**Astrid B.:** Einen Saal, mehrere kleinere Räume, Versammlungsräume für verschiedenste Interessen von alt und jung, die Integration eines Cafés, Übungsräume im Keller, Toiletten, ein paar Parkplätze - das wäre das Strickmuster des Bedarfs an die Räumlichkeit.

Kunst - Kultur - Bildung, alles öffentlich und mit kleinen Preisen. Kultur für alle Zielgruppen - Kultur als Basisarbeit von unten... Das neue FBZ könnte eine kreative Hülle sein, um Interessengemeinschaften, Künstlern und deren Werken einen neuen Schauplatz zu bieten. Viele Kulturschaffende mit

künstlerischem und innovativem Charakter außerhalb fester Einrichtungen sind meist benachteiligt. Diese Lage sollte durch das Projekt und durch eine soziale Einbindung und Verknüpfung geändert werden. Das Projekt versteht sich als Ponton gegenüber kommerziellen Veranstaltungen.

**Tina:** Warum nicht einfach direkt neben der VW-Halle ein neues FBZ bauen? Auf der Wiese ist genug Platz für einen Bau, und bei sehr großen Veranstaltungen könnte man dann das FBZ zusammen mit der VW-Halle, Kultur im Zelt und vielleicht sogar dem Steigenberger-Hotel nutzen. Außerdem ist der Standort hinter der VW-Halle sehr zentral und gleichzeitig sehr nah am westlichen Ringgebiet. Mit einem schönen Fuß-

gänger-Überweg über die Theodor-Heuß-Straße könnte man das westliche Ringgebiet auch näher an die Innenstadt bringen.

**Hauke:** Ha! Ich hab's! Die Landessparkasse fördert das entstehende FBZ, indem sie das alte Bahnhofsgebäude zur Verfügung stellt.

**Peter:** Die Idee mit dem Bahnhofsgebäude ist wirklich richtig gut und würde schließlich auch die aktuellen Umbaupläne für den Friedrich-Wilhelm-Platz zusätzlich befördern.

**Heide:** Was ist eigentlich mit dem City-Point, ehemals Hertie an der Neuen Straße? Die zwei oberen Etagen stehen schon leer. Der Standort zwischen Burgplatz, Kohlmarkt und Cinemaxx wäre ideal. *Weiter auf Seite 7.*

## Neu im Buchhandel

## BOHLWEG-ZEITEN

Die 80er in Braunschweig

Axel Klingenberg, Wanda Lange, Ole Schulz-Weber (Hg.)

Party zum Buch „Coletti und Capriccio“ am  
10. Nov. 2012 in der Brunsviga, 19 Uhr mit drei Bands

## Schwarzer Filz im Rathaus?

**Manchmal eröffnen diskrete Hinweise den Einblick in hausgemachte Missstände.**

Vor einiger Zeit wurde uns der folgende Hinweis eines Informanten zuteil, dem wir nachgegangen sind:

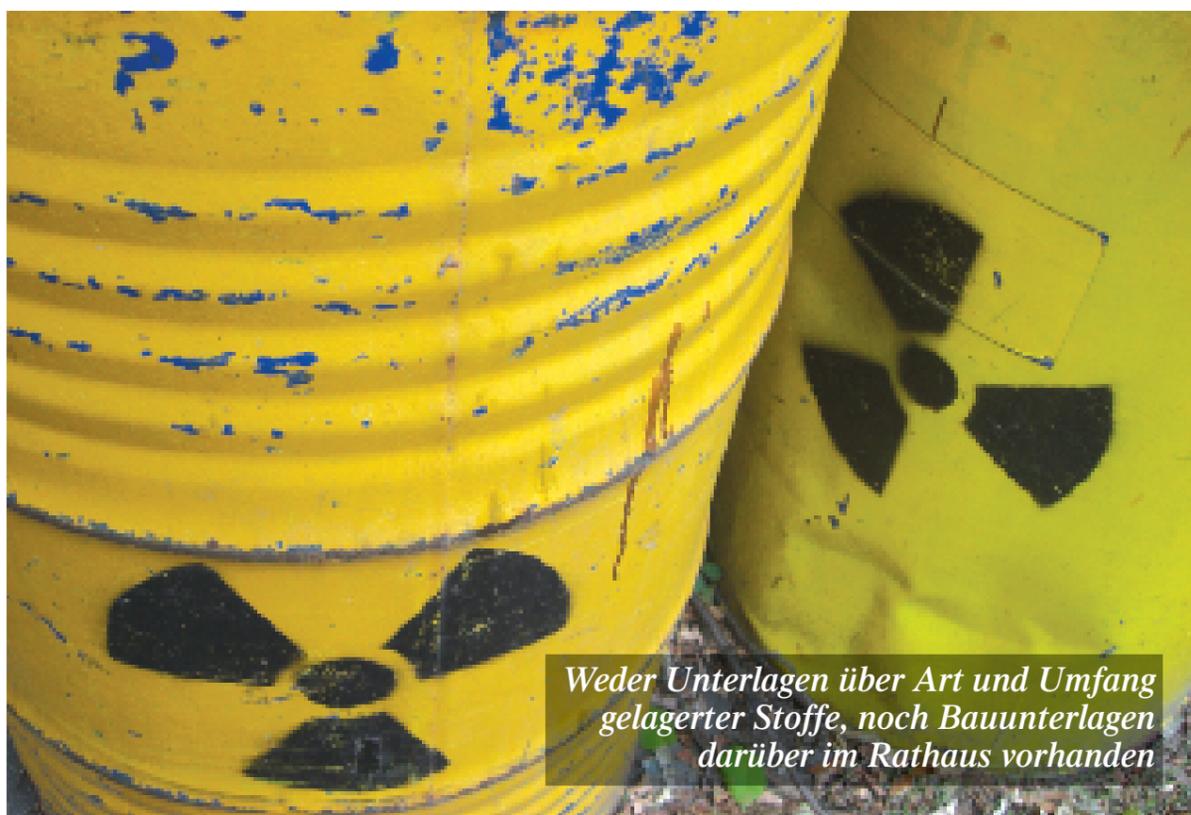
Als der heutige Finanzdezernent Ulrich Stegemann vor mehreren Jahren persönlicher Referent von Oberbürgermeister Dr. Gert Hoffmann wurde, tauchte angeblich ein kleines Problem auf - auch für die Gattin des damaligen Büroleiters von Hoffmann habe man händeringend eine Anstellung gesucht. „Unser-Braunschweig“ konfrontierte schriftlich den Oberbürgermeister mit den Vorwürfen, die der Redaktion zugehen wurden. Wir wollten wissen: Stimmt es, dass seinerzeit im Dezernat für öffentliche Betriebe in der Personalabteilung eine Sachbearbeiterstelle altersbedingt frei wurde, die eigentlich nicht mehr besetzt werden sollte? Machte man für die Gattin des dama-

ligen Büroleiters von Hoffmann eine 'Ausnahme', indem man ihr diesen Posten unter der Hand zuschob? Und was passierte danach mit der gelernten Juristin, die heute als „Pressesprecherin“ des Braunschweiger Abwasserverbands in Wendeburg arbeitet?

Nach weiteren Informationen, die „Unser-Braunschweig“ vorliegen, wurde die Dezernenten-Gattin jahrelang in städtischen Gesellschaften - Verkehrs-AG, SBBG, Stadtmarketing - befristet „untergebracht“. Von „Unser-Braunschweig“ schriftlich mit diesen Behauptungen konfrontiert, schwieg der Oberbürgermeister allerdings bis jetzt.

Inzwischen rückte Juliane Lehmann, Ex-Frau des 1. Stadtrats Carsten Lehmann, bei der stadteigenen Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft SBBG als Assistentin von Herrn Roth nach. Das Spiel geht scheinbar weiter... *Lesen Sie dazu Seite 6*

# Mauscheleien mit Kernbrennstoffen



Weder Unterlagen über Art und Umfang gelagerter Stoffe, noch Bauunterlagen darüber im Rathaus vorhanden

## Geheimniskrämerei, Lücken & Unstimmigkeiten

### im radioaktiven Inventar von Eckert & Ziegler

Welches Gefahrenpotential geht von dem radioaktiven Inventar, mit dem in direkter Nachbarschaft zu einer Wohnsiedlung und einem großen Schulzentrum auf dem Gelände der Firma Eckert & Ziegler umgegangen wird, aus? Diese Frage ließe sich nur mit der vollständigen Inventarliste beantworten. „Jede Person hat [...] Anspruch auf freien Zugang zu Umweltinformationen“. So steht es im §3 Abs. 1 des Umweltinformationsgesetzes vom 22. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3704). Ausgehend von dieser klaren Gesetzeslage hat die BISS am 17. November 2011 bei der zuständigen Behörde (dem Gewerbeaufsichtsamt Braunschweig) einen Antrag auf die Übermittlung der Inventarliste der Firma Eckert & Ziegler Nuclitec gestellt, um einen Überblick über alle auf dem Gelände (auch kurzfristig!) gelagerten radioaktiven und chemischen Materialien bzw. Elemente zu erhalten. Am 18.01.2012 wurde dieser Antrag u. a. mit dem Hinweis abgelehnt, dass eine Veröffentlichung der Inventarlisten die Gefahr terroristischer Anschläge/Diebstahlsversuche hinsichtlich auf dem Firmengelände lagernder radioaktiver Stoffe erhöhen würde. Gegen diesen negativen Bescheid legte die BISS Widerspruch ein. Am 22.03. 2012 wurden dann doch Inventarlisten an die BISS und zeitgleich an den Landtag übermittelt. Ein kleiner unscheinbarer Absatz wies darauf hin, dass nicht alle radioaktiven Stoffe genannt wurden: „Diese Aktivitätenbilanzen enthalten keine Angaben über die Radionuklide aus der Reihe der Actinoide, der Lanthanoide, der Eisen-Platin-Gruppe, Edelgase sowie bestimmte weitere Einzelnuclide. Die ergänzende Übermittlung dieser Umweltinformationen an Sie wird abgelehnt.“

Eine nachfolgende Recherche durch die BISS stellte schließlich fest, dass die nicht genannten Stoffe mehrere hundert Nuklide umfassten. Daraufhin zog die BISS eine Aussage des Gewerbeaufsichtsamtes zur Ausschöpfung der Genehmigung zum Vergleich heran, um zu

überprüfen, wie hoch der Anteil der aufgeführten 79 Nuklide im Jahr 2010 war. Das Ergebnis war erschütternd: Mehr als 99% der radioaktiven Aktivität wurde weiterhin verheimlicht. Am 17.09.2012 erhielt die BISS schließlich eine erweiterte Inventarliste: Demnach waren 2011 zusätzlich zu den Plutonium-Beryllium-Kernbrennstoffen weitere 170 Nuklide auf dem Firmengelände vorhanden. Von den 170 Nukliden werden 7 Nuklide, die jedoch über 75 % des Aktivitätsinventars ausmachen, weiterhin verheimlicht.

**7 geheim gehaltenen Nuklide**  
Zu den 7 geheim gehaltenen Nukliden gehören sicherlich die folgenden radioaktiven Stoffe Cäsium-137, Strontium-90, Krypton-85 und Americium-241, wie man der Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Grünen entnehmen kann: Dort sind diese Nuklide explizit genannt – in der Inventarliste tauchen sie jedoch nicht namentlich auf und müssen daher zu den 7 verheimlichten Nukliden gehören. Cäsium-137 ist sogar eines der Hauptnuclide bei den in Braunschweig angenommenen radioaktiven Abfällen! Cäsium-137, Strontium-90 und Americium-241 wurden hingegen bei den Inventarlisten von GE Healthcare angegeben. Für diese drei Nuklide dürfte daher die Geheimhaltung fraglich sein. Wenn

### Fehlende Mädchen-geburten in Thune

Die Bürgerinitiative Strahlenschutz hat eigene Untersuchungen durchgeführt und kommt zu alarmierenden Ergebnissen. Neuere Studien belegen nämlich, dass es in der Umgebung von Atomkraftwerken und anderen Nuklearanlagen zu einer Verschiebung des Verhältnisses von Jungen- und Mädchengeburten kommt. Gleiches war in Europa nach Tschernobyl zu beobachten. In Thune ist das Verhältnis zwischen Jungen- und Mädchengeburten sogar noch deutlicher verschoben als in der Umgebung von Atomkraftwerken. Bei

GE durch die Veröffentlichung keine negativen Konsequenzen hat, warum dann EZN? Die Gesamtaktivität beträgt angeblich 425.000.000.000.000 Becquerel. Das ist genau die Zahl, die EZN am 23.08.2012 über das GAA der BISS zur Verfügung stellte. In der Auflistung von EZN war die Gesamtaktivität außerdem nach Strahlungsarten aufgeschlüsselt. Jedoch fehlte hier die Gamma-Strahlung (für die ja in Thune die 2000h-Regelung aufgrund der hohen Gamma-Strahlenwerte angewendet werden muss) komplett!

**Gamma-Strahler nicht berücksichtigt**  
Die radioaktiven Gamma-Strahler, die durch den Zerfall der auf dem Gelände vorkommenden radioaktiven Stoffe entstehen, sind in der Auflistung also überhaupt nicht berücksichtigt! Die 170 Nuklide sind daher noch weit von der ganzen Wahrheit entfernt! Auch diese Information wurde weder der BISS noch dem Landtag bei der Übermittlung der 170 Nuklide-Inventarliste deutlich gemacht.

Es drängt sich die Frage auf: Weigert sich die Landesregierung hier, das Strahleninventar transparent und nachvollziehbar offen zu legen oder hatte sie in Wirklichkeit keine Ahnung wie das radioaktive Inventar aussieht? Beides wäre ein Skandal! *Thomas Huk, Bürgerinitiative Strahlenschutz (BISS e.V.)*

den 296 Geburten, die zwischen 1972 und 2011 in Braunschweig-Thune festgestellt wurden, lag das Geschlechterverhältnis bei 1,331 (169 Jungen, 127 Mädchen). Normal wäre ein Verhältnisfaktor von 1,054 (105 Jungen zu 100 Mädchen).

Diese enorme Abweichung führte dazu, dass sich das Geschlechterverhältnis in Braunschweig-Thune - statistisch abgesichert - von dem zu erwartenden Geschlechterverhältnis unterscheidet. Die wissenschaftliche Untersuchung finden Sie im Internet unter [www.braunschweig-biss.de](http://www.braunschweig-biss.de).

Am 11. Juli 2012 antwortete Erster Stadtrat Lehmann auf eine entsprechende Anfrage von Ratsfrau Susanne Schmed (Grüne):

„Die Verwaltung ist über die Art und Menge der bei Eckert & Ziegler gelagerten Stoffe informiert“ (Prot. der Sitzung des Feuerwehrausschusses vom 11.7.2012)

Diese Information war leider falsch! Wie eine nochmalige Nachfrage über Art und Menge von in Thune gelagerten Kernbrennstoffen am 20.9.2012 im Feuerwehrausschuss seitens der BISS ergab, kennt die Verwaltung lediglich die in den sog. Strahlenschutz-Erfassungsblättern zugelassenen Nukleinstoffe und Mengen gemäß den erteilten Genehmigungen, nicht aber die konkret vorhandenen und gelagerten Stoffe und Mengen.

Auch Bauunterlagen zu den kerntechnischen Nutzungen fehlen.

Bereits zur Ratssitzung zwei Tage zuvor (18.09.2012) sollte der Rat auf Antrag der BISS-Fraktion über fehlende Bau-

unterlagen zu kerntechnischen Nutzungen rund um das Buchler-Gelände seit Ende der 90er Jahre beraten.

Dies wurde durch eine überraschende gemeinsame Aktion seitens der Fraktionen von CDU und SPD in letzter Minute gestoppt.

Zeitgewinn durch „Nichtbefassung“ und „Übergang zur Tagesordnung“?

Wie sollen städtische Mitarbeiter einen neuen Bebauungsplan für das Gebiet in Thune zwischen Harxbütteler Str. und Gieselweg aufstellen, wenn Lücken in der Bestandsaufnahme klaffen? *Red.*

### Termine BISS e.V.

BI-Treffen im Dorfgemeinschaftshaus Wenden, Veltenhöfer Str. 3, (1. OG, über der Post):

- 6. November 2012, 19 Uhr

- 20. November 2012, 19 Uhr

- 4. Dezember 2012, 19 Uhr

Interessierte sind herzlich dazu eingeladen!

**Letzte Meldung:**  
Eckert & Ziegler versucht mit einem Ausnahmeantrag für den Neubau einer großen Atommüllhalle die verhängte Veränderungssperre zu umgehen.



## BISS zu Perspektiven und Bestandsschutz

**Fraglich ist, ob die Bebauungspläne überhaupt noch rechtsverbindlich sind.** Das Trennungsgebot ist nicht erfüllt. Es gilt der Grundsatz der Trennung unverträglicher Nutzungen (z.B. Industrie und Wohnen). Dieses Gebot ist hier verletzt. Neben dem sehr kleinen Mischgebiet liegt direkt ein Industriegebiet (GI). Es gibt kein Gewerbegebiet als Puffer dazwischen. Im Norden grenzt das Industriegebiet sogar direkt an das Wohngebiet. Außerdem liegt der Parkplatz von der Firma Buchler im Mischgebiet. Das ist rechtswidrig. Er gehört genauso wie die Firma Buchler selbst ins Industriegebiet. Im Industriegebiet befindet sich ein frei vermietetes Mehrfamilienhaus. Das ist ebenfalls unzulässig. Nur in ganz seltenen Ausnahmefällen können Mitarbeiter-Wohnungen in Industriegebieten genehmigt werden. Hat die tatsächliche Entwicklung des Gebietes die Festsetzungen überholt? Sind die alten Bebauungspläne deshalb nichtig? Das muss die Verwaltung prüfen, auch für die Wohngebiete. Was passiert, wenn die Bebauungspläne an heutige Rechtsgrundlagen angepasst würden? Aktuelles Recht legt häufig den Abstandserlass des Landes Nordrhein-Westfalen zugrunde. Er ist bundesweit anerkannt und dient zur Beurteilung der Verträglichkeit des Nebeneinanders von Wohnen und Gewerbe bei gerichtlichen Auseinandersetzungen als Schätz-Gutachten. Die Abstandsklassen reichen von 100 m –

1.500 m. Bereits nach 400 m verbleibt nur ein winziger Teil des jetzigen Industriegebietes, in dem etwas höhere Emissionen zulässig sein würden, aber immer noch nicht die Emissionen, die von den heutigen Betrieben ausgehen. Atomüllbehandlung wäre nicht möglich. Das Trennungsgebot wäre hiermit zwar erfüllt, aber die nutzbaren Flächen wären weitgehend verloren.

**Das Beste für den Stadtteil und für die Stadt Braunschweig wäre eine grundsätzliche städtebauliche Neuordnung.**

Wie könnte eine derartige zeitgemäße Planung aussehen? Der zentrale Bereich mit Infrastruktureinrichtungen sollte in den Mittelpunkt der Wohngebiete rücken. Das heißt weiteres Wohnen auf den jetzigen Gewerbegrundstücken – sehr attraktiv durch direkte Lage am Wasser – und auch die Realisierung des Wohngebietes Wenden-West wäre gegeben. Die Gemeinbedarfsflächen könnten durch altersgerechtes und Service – Wohnen ergänzt werden. Zwischen den westlichen und den südlichen Gewerbegebieten entsteht Erholungsgrün. Die Tiefe des geplanten Gewerbegebietes nördlich der A 2 wird reduziert, damit es nicht so nah an das Wohnen heranrückt. Voraussetzung wäre eine Verlagerung der jetzigen Betriebe. Die vollständigen Vorarbeiten der BISS zu einem neuen Bebauungsplan wurden der Stadt Braunschweig zur Verfügung gestellt. *(Pe./Red.)*

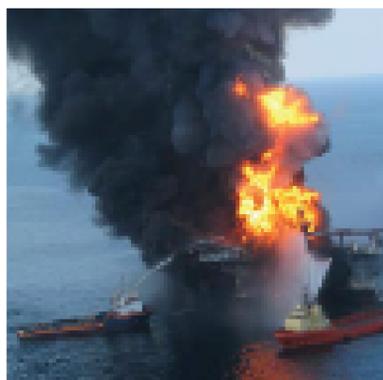
# „In Niedersachsen herrscht Wilder Westen“

## Erdgasland Niedersachsen: Kritik an Genehmigungspraxis und mangelhafter Überwachung

**Niedersachsen ist Erdgasland. Fast 95% des gesamten deutschen Erdgases wird hier gefördert. Erdgas ist fester Bestandteil der deutschen Klimastrategie, weil es als sauber gilt.** Um Erdgas (und auch Erdöl) zu fördern, muss kilometertief in den Untergrund gebohrt werden. Das Bohrloch muss dabei dicht sein – und auch über Jahrzehnte dicht bleiben. Das gelingt nicht immer. Die sicherlich bekanntesten Beispiele für defekte Bohrungen sind die Havarie der „Deepwater Horizon“ im Golf von Mexiko oder die im März leckgeschlagene Erdgas-Bohrplattform „Elgin“ in der Nordsee. Die Förderung sei „sicher und verantwortungsvoll“, verspricht seit 2011 der sympathische junge Ingenieur Michael Schietz in Werbespots des Energiekonzerns ExxonMobil. Doch wenn alles sicher ist – warum investiert ExxonMobil dann Millionenbeträge in eine Pro-Erdgas-Werbekampagne? Die Petrolindustrie hat ein Problem: Die herkömmlichen Erdgas- und Erdölvorkommen gehen zur Neige. Um weiter fördern zu können, sollen nun Quellen erschlossen werden, die bislang aufgrund des großen Aufwands und der Risiken nicht wirtschaftlich abbaubar waren.

### Mehr Risiken für die Umwelt

Diese so genannten „unkonventionellen“ Vorkommen unterscheiden sich grundlegend von bisherigen Erdgas- und Erdölspeichern. Bei konventionellen Vorkommen befindet sich Öl oder Gas in großen Mengen an einer Stelle



**Brand auf der Deepwater Horizon. Förderrisiken gibt es nicht nur auf hoher See**

im Untergrund. Mit nur einer Hand voll Bohrungen können viele Millionen Kubikmeter gewonnen werden. Bei den unkonventionellen Quellen sieht es anders aus: Erdöl und Erdgas sind in viel geringerer Konzentration in harten Gesteinsschichten eingeschlossen. Um hier fördern zu können, sind deutlich mehr Bohrungen nötig – und das Gestein muss erst aufgebrochen werden. Meist in vielen Kilometern Tiefe. Mit Millionen Litern Wasser, Bioziden und anderen giftigen Chemikalien. Diese Fördermethode wird „Hydraulic Fracturing“, kurz „Fracking“, genannt. Fracking ist äußerst umstritten. In einigen Ländern, darunter Frankreich, ist Fracking verboten – in anderen mit strengen Auflagen belegt. NRW hat ein Moratorium erlassen, Hessen folgt möglicherweise in Kürze. Doch auch die „erprobten“ Abbaumethoden geraten im Zuge der Fracking-Debatte in den Fokus. Denn Tiefbohrungen sind immer mit Risiken verbunden: Es werden ein oder mehrere Grundwasserleiter durchstoßen.

Die größte Sorge, die Bürger, Wasserversorger und Umweltschützer umtreibt, ist die mögliche Verunreinigung des Grundwassers durch Chemikalien und Formations-/Lagerstättenwasser. Formationswasser kann im Umfeld von Erdöl- und Erdgaslagerstätten große Mengen krebserregender aromatischer Kohlenwasserstoffe wie Benzol und radioaktive Elemente wie Uran oder Radium enthalten. Die Verrohrung und der Zement dieser Bohrlöcher muss diese Stoffe zuverlässig vom Grundwasser fern halten. Doch wie dicht sind Bohrlöcher eigentlich? Wie dicht kann eine kilometerlange Bohrung, die Temperaturunterschiede von teilweise über 100°C und enormen Druck aushalten muss, überhaupt sein? Und für wie lange? Es stellt sich heraus, dass das (zumindest außerhalb der Industrie) niemand so genau weiß. In den kürzlich veröffentlichten Gutachten von Umweltbundesamt und dem Land NRW wird bemängelt, dass der Zustand der deutschen Altbohrungen weitgehend unbekannt ist. Ob alte Bohrungen Jahr-

zehnte nach Stilllegung immer noch dicht sind, wird nicht überprüft. Und auch der Zustand aktiver Bohrungen ist der Öffentlichkeit nicht bekannt. Die Bohrungen werden von den jeweiligen Unternehmen selbst überwacht.

### „In Niedersachsen herrscht Wilder Westen“

Öl- und Gasförderung unterliegen dem Bergrecht, welches im Bundesberggesetz geregelt ist. Ein Gesetz, welches auf möglichst ungehinderte Ausbeutung von Rohstoffen ausgelegt ist. Umweltauswirkungen spielen hier nur eine Nebenrolle, genauso wie Interessen von Bürgern und Kommunen. Für die Genehmigung von Fördervorhaben sind Landesbehörden zuständig, in Niedersachsen ist es das LBEG (Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie), welches dem Wirtschaftsministerium unterstellt ist. Angesichts rundweg positiver Statements zur Sicherheit von Hydraulic Fracturing und einer lückenhaften Überwachung der Förderbetriebe kann man das Vorgehen der Behörde ohne lange zu zögern als „eher industrienah“ bezeichnen.

In anderen Bundesländern wird die Genehmigungspraxis in Niedersachsen hinter vorgehaltener Hand als eher lax beschrieben. Bei Fachveranstaltungen fallen schon mal Begriffe wie „Wilder Westen“. Und während es allein in diesem Jahr zu mindestens 12 Zwischenfällen in Erdgas- und Erdölanlagen kam bei denen giftige Stoffe entwichen, bleibt die Argumentation pro Erdgasförderung bei Industrie und LBEG quasi deckungsgleich. Fracking werde seit Jahrzehnten eingesetzt, es handele sich um eine „erprobte Technologie“. Über 300 Fracks seien bereits durchgeführt worden – ohne Zwischenfälle. Doch das ist irreführend, da diese Fracks in konventionellen Vorkommen eingesetzt wurden. Oft ohne Chemikalien und in vollkommen anderen Gesteinsschichten. Nach Angaben eines Vertreters der Hessischen Landesamtes für Umwelt und Geologie wurden nur zwei (!) dieser 300 Fracks durch ein Grundwassermonitoring begleitet. Kein Wunder also, dass man seitens der In-



**Bei unkonventioneller Erdgasförderung werden im Abstand von meist ein bis vier Kilometern Bohrplätze errichtet.** Foto: CC-BY-SA 2.0 Doc Searls/flickr

dustrie und den Aufsichtsbehörden weiter davon spricht, es seien keine negativen Umweltauswirkungen bekannt – es wurde einfach weg geschaut.

### Neue Studien bestätigen Umweltrisiken

Zwei neue Studien – die eine im Auftrag des Umweltbundesamtes, die andere im Auftrag des Landes NRW – bekräftigen die Risiken, die mit der Förderung von unkonventionellem Erdgas verbunden sind. Und eine Studie im Auftrag des EU-Parlaments kommt zu dem Schluss, dass die Förderung dieser Vorkommen kontraproduktiv für den angestrebten Umstieg zu erneuerbaren Energien wäre. Die Niedersächsische Landesregierung hält weiter vehement an der Erdgasförderung fest. Protesten von Bürgern, Umweltverbänden und Kommunen zum Trotz. Ob das so bleiben wird – auch das wird bei der kommenden Landtagswahl Ende Januar entschieden werden.

Jan Ortgies, Mitarbeiter der Piratenfraktion Braunschweig  
Mehr finden Sie auf der Homepage des Arbeitskreises Fracking:  
<http://ak-fracking.de>

### Meldungen:

**Region Braunschweig:** Bewilligungen für Erdölförderung Das LBEG hat drei Bewilligungen für Erdölförderung im Raum Braunschweig erteilt: in Leiferde (Gifhorn), Wesendorf (Wolfsburg) und Broistedt (Salzgitter). Nach Angaben des Unternehmens PRD Energy (Bewilligungsfeld Broistedt) soll innerhalb der kommenden drei Jahre mindestens eine Bohrung in Produktion gehen.

**Weiterhin Moratorium in NRW:** In der Studie zur Risikobewertung wurde darauf hingearbeitet Strukturen und Kriterien zu entwickeln, wie mit dieser Technologie umgegangen werden sollte. Es wird bemängelt, dass „in allen Bereichen erhebliche Wissens- und Informationsdefizite“ vorlägen. Abschließend empfehlen die Gutachter, die Erkundung und Gewinnung unkonventioneller Erdgas-Lagerstätten mit Fracking in NRW bis auf weiteres nicht zuzulassen. Mehr: <http://pir.at/uc>

## Verkehrschao im Norden

**Die Grasseler Straße ist eine lebenswichtige Verbindung zwischen der Stadtmitte Braunschweigs und den nördlichen Stadtteilen und dem südlichen Landkreis Gifhorn.** Die Straße wurde wegen des Flughafenbaus für die Volkswagen AG in Höhe des Flughafens Braunschweig-Wolfsburg widerrechtlich eingezogen (Nds. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr am 26.1.2011: „Die Einziehung (Anm.: der Straße) ist abhängig von der Bedingung des Baus der Ostumfahrung. Eine solche ist aus rechtlichen Gründen jedoch nicht zulässig.“). Die Folge ist ein Verkehrschao im Norden Braunschweigs. Für mehr als 10.000 Bürgerinnen und Bürger bedeutet die widerrechtliche Einziehung Umwegfahrten, Zeitverluste sowie erhöhte Fahrtkosten und Sicherheitsrisiken im geballten Straßenverkehr. Ganz zu schweigen von der unnötig erhöhten Umweltbelastung und der erheblich beeinträchtigten Wohn- und Lebensqualität der vom Durchgangsverkehr betroffenen Menschen. Die CDU im Rat der Stadt Braunschweig meint jedoch: „Der Verkehr

wird sich schon zurecht ruckeln“. Doch der Stadtbezirksrat hält dagegen: „Nichts wird sich zurecht ruckeln!“ (Neue Braunschweiger vom 4.1.2012). Bürgerinnen und Bürger fordern daher einen Tunnel für die Grasseler Straße unter der verlängerten Start- und Landebahn des Flughafens hindurch. Ein derartiger Tunnel kann in wenigen Monaten in offener Bauweise erstellt werden. Dazu wird die verlängerte Bahn für ein paar Monate für den Tunnelbau unterbrochen. Der Flugverkehr kann während dieser Zeit wie in den letzten Jahrzehnten auf der bisherigen Bahn stattfinden. Für die Kosten des Tunnels wurden bisher absichtlich abschreckend hohe Zahlen genannt, ohne allerdings über eine detaillierte Kostenrechnung zu verfügen. Fachleute brauchen hierfür Angaben über den Baugrund, deren Herausgabe die Stadt Braunschweig bisher aber verweigert. Auch über eine Kostenbeteiligung der Volkswagen AG schweigt man sich aus, obwohl die Braunschweiger Zeitung vom 30.8.2012 keinen Zweifel über den Verursacher des Flughafenbaus und des dadurch bedingten



Quelle: Dieter Behr  
(www.waggum.info)

Verkehrschao aufkommen ließ: „Braunschweigs Oberbürgermeister Gert Hoffmann holte sich den Auftrag direkt beim damaligen VW-Boss und heutigen Aufsichtsrats-Chef Ferdinand Piech ab: „Wissen's was? Machen's fertig.“ Hoffmann erzählt diese Geschichte vor ein paar hundert Leuten im Zelt am Forschungsflughafen, und er macht gar nicht den Eindruck, dass er sich für diesen Auftrag sonderlich schämt. „Wir haben es geschafft!“, meldet er dem direkt vor ihm in der ersten Reihe sitzenden VW-Vorstandsvorsitzenden Martin Winterkorn Voll-

zug.“ Wer nutzt nun die verlängerte Rollbahn? „Langstreckenflüge trete das Leitungspersonal ohnehin von Hannover aus an“ wird VW-Sprecherin Ines Roessler zitiert (Weser-Kurier vom 31.1.2010, Neues Deutschland vom 28.1.2010). Wer also dann? VW-Vorstandsvorsitzender Prof. Winterkorn weiß: „Manager wie er könnten demnächst vielleicht ein paar Stunden länger schlafen, weil Zwischenlandungen entfallen können“ (Braunschweiger Zeitung vom 30.8.2012). Als Ergebnis bleibt: Bequemlichkeit für die Manager, Kosten und Schaden für die

betroffenen Bürgerinnen und Bürger. Bürgerinnen und Bürger sowie der Rat des größten Stadtbezirks in Braunschweig fordern aufgrund der unhaltbaren Zustände einhellig einen Tunnel für die Grasseler Straße. Auch hier ist die Solidargemeinschaft aller Braunschweiger Bürgerinnen und Bürger gefragt, wie sie bereits an anderer Stelle beim Schutz vor Strahlenschäden aus der Atomwirtschaft, beim Schutz vor genmanipulierten Naturprodukten oder beim Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen praktiziert wird.

Ralf Beyer

## Kultstätte für Kreuzritter?

Seit dem Jahre 2000 existiert ein Vertrag zwischen der Richard-Borek-Stiftung und der Stadt, worin der Richard-Borek-Stiftung die Gestaltungshoheit über den Ruhfäutchenplatz unbefristet und unkündbar übertragen worden ist. „Der Ritterorden vom Heiligen Grab zu Jerusalem in der Stadt Heinrichs des Löwen“ versammelte sich vom 5.-7.10.2007 zu seiner „Investitur“ gleich neben dem Rathaus auf dem Ruhfäutchenplatz.

Einiges deutet darauf hin, dass bestimmte Gestaltungsmerkmale eigens für diese Zwecke hergerichtet wurden. So wurden vier massive metallische Bodenhülsen im Bodenpflaster im Halbkreis um das Säulenfundament positioniert, die eine exakte Ausrichtung von Prozessionsfahnen in West-Ost-Richtung erlauben.

Um die Gestaltung der Säule selbst soll es Streit zwischen dem Bildhauer Prof. Weber und dem Auftraggeber Borek gegeben haben, aber wer kennt

da schon die Details? Ging es nur um das Flugzeug in den Twin-Towers oder doch um die Herrschafts-Darstellung der einen Religion über die anderen?

**Fundamentalistische Kultstätte?** Das gestalterische Gesamt-Konzept für den Ruhfäutchenplatz wurde niemals und nirgends in einem Ratsgremium oder in der Öffentlichkeit diskutiert. Schuf sich Richard Borek an sensibelster Stelle der Stadt eine Kultstätte seines christlich-fundamentalistischen Geschichtsbildes?

Dazu gibt es einige Anhaltspunkte. So scheint sich der heimliche Lenker Braunschweiger Identität selbst als Berufener für christliche Jahrtausendschritte zu fühlen:

- beginnend mit Jesu Geburt im Jahre 0,
- über die Christus-Säule (oder auch Säule des heiligen Bernward in Hildesheim zur Zeitenwende der Ottonen) im Jahre 1000,
- bis zum Auftrag der Boreks für die

Christentumssäule auf dem Ruhfäutchenplatz im Jahre 2000.

Der Bezug zur Christus/Bernward-Säule im Jahre 1000 findet sich in den offiziellen und halb-offiziellen Darstellungen der Stadt und der Geschichts-Literatur.

„Ich B..., nicht aus eigenem Verdienst, sondern von Gott erwählt,[...] habe lange darüber nachgedacht, durch welches Bauwerk von Verdiensten oder durch welchen dinglichen Preis ich mir den Himmel erhandeln könnte. Was ich seit langem im Herzen plante, nämlich meinen Namen eine glückliche Erinnerung zu schaffen, wollte ich nun in die Tat umsetzen...“

(M. Broll, Bernward von Hildesheim, google e-book)

**Richard Borek als neuer heiliger Bernward?**

Eitelkeiten treiben ja manchmal seltsame Blüten und parallele Bezüge drängen sich bei Boreks Idee einer eigenen Christentumssäule zur Jahrtausendwende in Braunschweig auf.



Die Gestaltungshoheit über dem Ruhfäutchenplatz hat die Richard-Borek-Stiftung

## CDU mächtig verstimmt Große Überraschung im Rathaus

Noch im Planungsausschuss war eine Erneuerung des alten Rahmenvertrages zur privatisierten Innengestaltung mit der Borek-Stiftung ab 2013 mehrheitlich durchgegangen, nun sollte der Verwaltungsausschuss darüber entscheiden.

Hat er getan. Die Neuauflage des alten Rahmenvertrages (stammend aus dem Jahre 2008), nun für den Zeitraum von 2013-2018, wurde im Verwaltungsausschuss am 2.10.2012 abgelehnt.

Hatte die OB'rigkeit zunächst nur vor, den Planungsausschuss mit einer Mitteilung abzuspeisen und den Rahmenvertrag mit der Borek-Stiftung als Geschäft der laufenden Verwaltung abzuschließen, so führte vielfältiges Nachhaken vor allem seitens der BIBS dann dazu, dass die Ratsgremien die Angelegenheit an sich zogen. Es folgte dann die Offenlegung der Vertragsinhalte.

Welches planerische Leitbild beinhaltete der vorgesehene Vertrag mit der Borek-Stiftung?

Insgesamt 200 000 € sollten für weitere 5 Jahre bewilligt werden, um Konzeptionen zu verwirklichen (jährl. 40.000 €, hälftig zu zahlen von Borek-Stiftung

und Stadt), vornehmlich für die Braunschweiger Innenstadt, die sich „an dem von Herrn Prof. Ackers entwickelten „Leitbild Innenstadt“ orientieren.“ (§ 1 der Vereinbarung).

Das neue Zentrum der Stadt soll nach Ackers Leitbild die Schloss-Rekonstruktion sein, nach welchem gemäß einer von Ackers und Borek mit der Verwaltung entwickelten Prioritätenliste die Innenstadt (um)gestaltet werden soll.

Die vorläufige Ausbremsung der Vertragsverlängerung mit der Borek-Stiftung verlagert nun wieder etwas mehr Planungshoheit zurück zu den Ratsgremien. Zeitgleich wurde nämlich beschlossen und die Verwaltung angewiesen, die Arbeiten an dem sog. übergeordneten Stadtentwicklungsplan wieder aufzunehmen.

Mit Amtsantritt von Hoffmann war nämlich diese Stadtentwicklungsplanung eingestellt worden. Eingeweihte Stadtplaner hatten seither immer wieder davor gewarnt, die öffentliche Gesamtplanung zugunsten privater Einzelprojekte zu vernachlässigen.

Peter Rosenbaum  
Ratsherr

## Was wurde aus...?

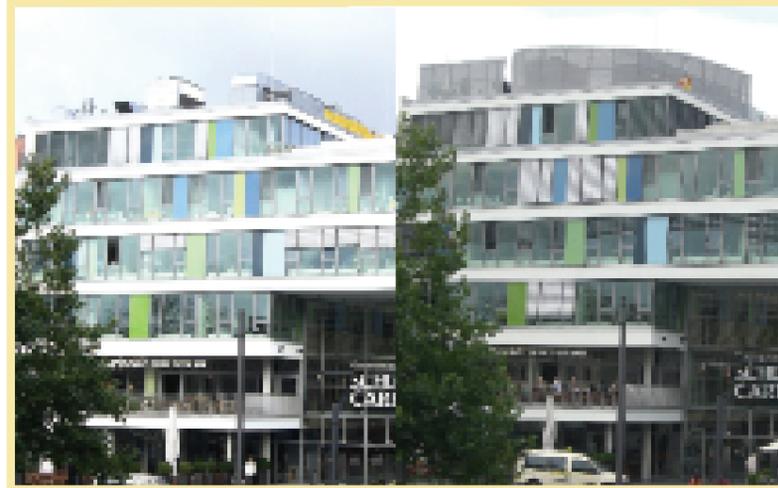
390.000 € spendierte die Stadt für das Haus „Schloß-Carree“ zwecks Verkleidung von Dachaufbauten, so jedenfalls lautete die offizielle Begründung aus dem Rathaus.

Der Beschluss war umstritten, wir berichteten in der letzten Ausgabe „Was ritt die SPD zum Schloß-Carree?“. Der CDU fehlte zwar eine Stimme für

den Beschluss, aber plötzlich fehlte der SPD die entscheidende Stimme dagegen, weil der damalige Rats Herr Klaus Winter den Raum verlassen hatte.

Das Geld wurde dann gleich vorab an den Privateigentümer überwiesen.

Hier nun das Ergebnis:



Schloß-Carree vorher

Schloß-Carree nachher

## Trojanische Geschenke

**Eine Sondersitzung zum Wohle der Stadt Braunschweig ?**

Die CDU-Fraktion sei bei der Stimmabgabe verwirrt gewesen. Deswegen berief der Oberbürgermeister den Verwaltungsausschuss am 11.10.2012 zu einer Sondersitzung zur nochmaligen Abstimmung über den Rahmenvertrag mit der Borek-Stiftung.

Damit solle unterstrichen werden, „wie sehr wir das Engagement der Richard-Borek-Stiftung zum Wohle der Stadt Braunschweig schätzen“ (Brief der CDU vom 4.10.2012).

Die Braunschweiger Zeitung meldete, es gehe um eine Borek-Förderung (BZ, 11.10.2012).

**Bildrechte für Borek-Firmen**

Vertraglich sicherte sich die Richard-Borek-Stiftung die Bildrechte an 104 städtischen Fotos für die „Schloß“-Rekonstruktion, die Quadriga sowie der Eröffnungsfeierlichkeiten. Die Büros bzw. Läden der städtischen Stadtmarketing vertreiben vielfältige Produkte und Souvenirs der entsprechenden Motive.

**Die Eintrittsgelder der Quadriga-Besucher** werden von der Stadt ebenfalls an die Richard-Borek-Stiftung weitergeleitet, während die Kosten für den Unterhalt, für Sanierung, Revisionen und Instandhaltungen von der Stadt zu tragen sind.

Die Borek-Stiftung hat sich verpflichtet, die Einnahmen aus den Eintrittsgeldern der Quadriga wiederum in das Schloßmuseum für Exponate zu investieren, schaltet dabei allerdings nach eigenem Gusto.

Peter Rosenbaum

## Standbild von Richard Borek auf öffentlichem Platz?

In einer der Gestaltungs-Planungen kam Boreks Wunsch zur Errichtung von Denkmälern im Bereich Marienstift/Georg-Westermann-Allee zur Sprache. Die Platzgestaltung ist Teil des Rahmenvertrages zwischen Stadt und Richard-Borek-Stiftung vom Juni 2008.

In einer email des Stadtplanungsamtes vom 24.10.2011 an die Planungs-Firma sww heißt es:

„Planungen Georg-Westermann-Str., Umlandstr. Platz/St. Leonhards Garten und Marienstift ...die drei roten Punkte sind Kunst: drei Standbilder ein bisschen unter der natürlichen Größe: Otto Bennemann, Georg Westermann und Richard Borek. Zwei stehen zusammen und einer auf der anderen Straßenseite. Wer, wo, wie und was ist die Interpretation des Bildhauers. Dieser Vorschlag sollte in jedem Fall mit dem Beirat für Kunst im öffentlichen Raum abgestimmt werden...“ (Quelle: Akteneinsicht sowie Nachfrage während der Ratssitzung vom 19.6.2012)

## Stadt und Borek-Stiftung 35-mal verquickt

**Unter der amtierenden OB'rigkeit wurden nach aktueller Kenntnis 35 Verträge mit der Richard-Borek-Stiftung geschlossen, überwiegend die private Stadtgestaltung betreffend.**

Die Verwaltung gab darüber den gewählten Ratsgremien keinerlei Hinweis. Erst nachdem aufgrund von Akteneinsichten diese Art Privatisierung von Stadtplanung bekannt wurde, teilte man den erstaunten Ausschuss-Mitgliedern mit, solcherart Verträge mit der Borek-Stiftung seien ausschließlich eine Sache der laufenden Verwaltung, weil das im Grunde Spenden an die Stadt seien.

Gemäß NGO § 111 sei es Aufgabe des Hauptverwaltungsbeamten, Spendengelder hereinzuholen; Aufgabe der Ratsgremien sei es nur, über die Annahme von Geschenken zu entscheiden.

**Der Trick mit dem Sponsoring**

Leider sind solche semantischen Tricks in der Verwaltung keine Ausnahme.

**Wer profitiert von den vielfältigen Borek-Verträgen?**

In der „Vereinbarung über die finanzielle Förderung von natur- und grünflächenbezogenen Projekten der Stadt Braunschweig“ werden z. B. seitens der Borek-Stiftung 25.000 € als „Zuwendung“ deklariert, die Stadt gibt dazu

100.000 € für den gleichen Zeitraum dazu.

Der Gesamtrahmen solcher „Sponsor“-Verträge mit der Borek-Stiftung zur Stadtentwicklung beläuft sich auf rd. 4,5 Mio. €, wovon aber nur ein Teil, rd. 30%, die Borek-Stiftung beigesteuert hat, den Löwen-Anteil gibt die Stadt dazu.

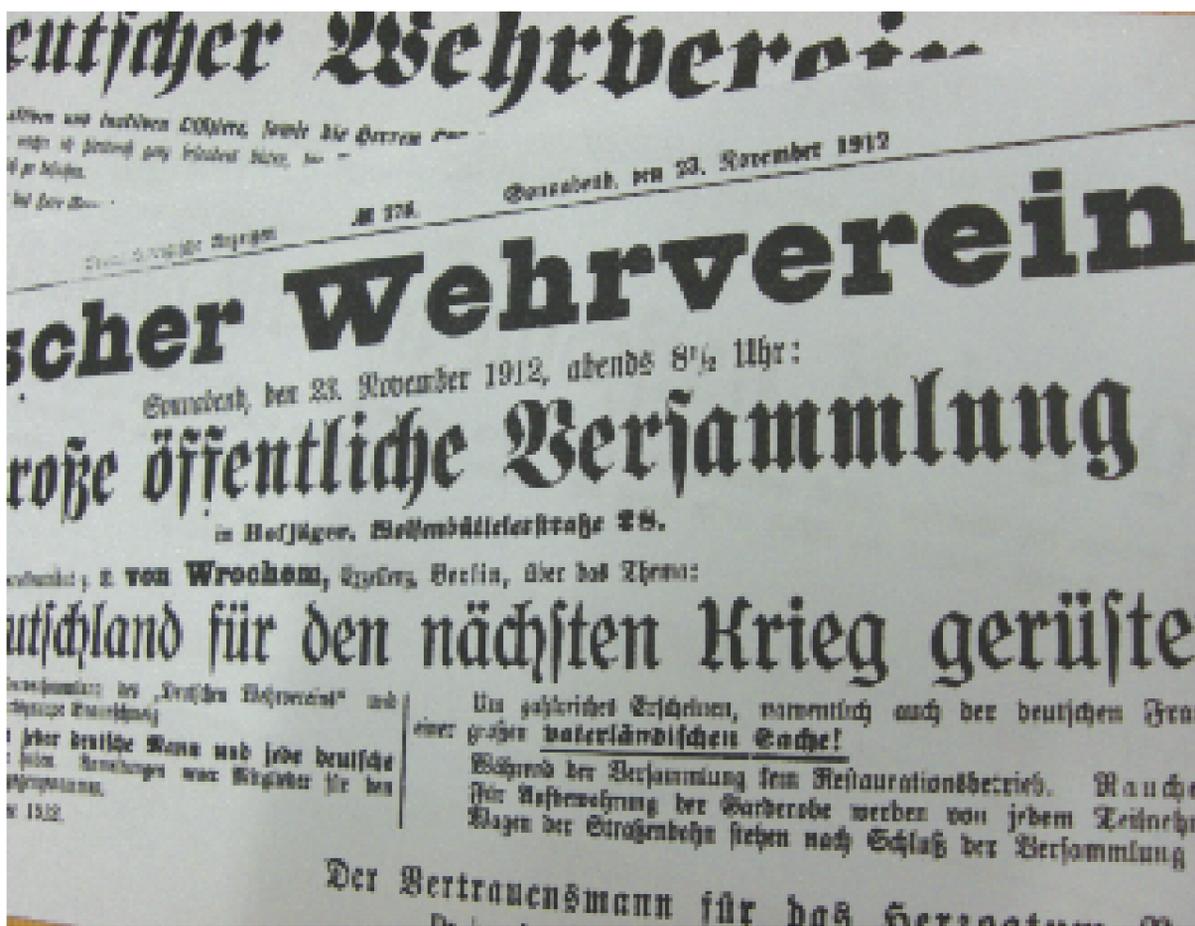
Bei der Verwendung der Gesamtsumme schaltet und waltet dann Herr Borek, während der gewählte Rat nicht mal Kenntnis darüber erlangt. Ziel der BIBS-Fraktion ist es, dass die Ratsgremien die alleinige Kompetenz über die Stadtgestaltung zurückgewinnen.

## Verbotene Geschäfte. Fundstück aus dem Hause Borek: „So rettete ich mein Vermögen“

„Revolution und Inflationsjahre Schneider Merges war Präsident, eine Scheuerfrau Kultusminister usw. Die Matrosen hatten das Schloß besetzt und hausten darin ein halbes Jahr. Erst die Truppen von Merker räumten mit der Bande auf. Ich war zufällig dabei, als man die rote Fahne vom Schloß herunterholte und die schwarz-weißrote[...]hisste. [...] Die meisten Firmen hatten alles verloren. Sie standen vor leeren Lager und ohne Barmittel. Mir war es geglückt, mit leidlich heiler Haut aus der Sache herauszukommen. [...] nach zwei Jahren führte ich in Ermangelung guter fester deutscher Währung die Schweizer-Franken-Währung als Zahlungsmittel auch für den Verkauf ein. Alle hinausgehenden Sendungen wurden in Schweizer Franken fakturiert und das eingehende deutsche Papiergeld zum Tageskurs gegen Schweizer Franken umgerechnet.

Dieses Verfahren war verboten. Doch verschanzte ich mich mit der Ausrede, daß ich überwiegend ein Auslandsgeschäft habe und dass die Kunden im Ausland mit unserer Papierwährung nicht fertig werden konnten.

So rettete ich mein Vermögen... Während andere, und zwar alle anderen arm geworden waren, hatte ich das meinige hindurchgerettet.“ (Quelle: Richard Borek, Die Geschichte der Familie Richard Borek im Selbstverlag, Braunschweig, März 1980, Seiten 90-92)



**Aufrufe des Wehrvereins Ende 1912 in verschiedenen Braunschweiger Publikationen. Es gelte „einer großen vaterländischen Sache“. Zur Gründung eines Landesverbandes sowie einer Ortsgruppe Braunschweig des Deutschen Wehrvereins am 23.11.1912 werde um zahlreiches Erscheinen „namentlich auch der deutschen Frauen“ gebeten.**

# Braunschweigs umstrittene Despoten

Die Sockel der beiden Fürsten-Reiterstandbilder vor dem Kaufhaus „Schloßarkaden“ wurden beschriftet. Die Schriftzüge deuten auf eine gezielte Protestaktion hin. Der eine lautet: „Im Gedenken an Despoten - Danke!!!“ und der andere: „Jedemal, wenn die Geschichte sich wiederholt wirds teuer“.

Eine Anspielung auf die Welfenhochzeitfeierlichkeiten 2013? Die beiden Reiterstandbilder - erst kürzlich nach Errichtung der Schloss-Fassade erneut aufgestellt - repräsentieren

für die Einen vorbildliche Identität (siehe „Hipp, hipp, hurra auf die Fürsten“ UB Nr. 7), während sie für die Anderen, eher aufgeklärten Kreise der Stadt, ein Sinnbild des Untertanengeistes darstellen.

Siehe dazu auch in „Unser-Braunschweig“, Ausgabe Nr. 6, Seite 5: „Hunderttausende für Welfen-Hochzeit?“ sowie „Schluss mit dem Untertanengeist“. Des weiteren - quasi als Sahnehäubchen hiesigen Kulturkampfes: „Unverworfener Strahlenfranz“, zu einem von Herrn Richard Borek zur

Einweihung der Quadriga an die Stadt im Jahre 2009 vermachten Schloss-Gedicht. Red.

**Aufgeklärt?**  
 „Ausgangspunkt unserer Diskussion soll dabei das 100-jährige Jubiläum der Hochzeit unserer Kaisertochter Victoria Luise von Preußen mit dem damaligen Kronprätendenten der hannoverschen Welfen, Ernst August sein.“  
 Ratssitzung vom 11.10.2012  
 Cornelia Seiffert, Kultursprecherin der SPD-Fraktion im Rat der Stadt



**Victoria Luise: nur tüchtig Orden verteilt, lieber August! Man muss seine Untertanen bei der Eitelkeit fassen, wenn man sie gewinnen will. Das weiß ich von Papa. Quelle: Reinhard Bein, Braunschweig, Stadt und Herzogtum 1890 bis 1918, „Volksfreund“ vom 1.11.1913**

# Operettenhafter Monarchismus



Pure Geschichtsklitterung soll sich ab dem kommenden Jahr mit einem rd. 1,2 Millionen € teuren Kostenvolumen der Stadt bemächtigen.

Gar nicht zur Kenntnis nehmen möchte man z.B. die breite Antikriegsbewegung der Sozialdemokratie in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg. Selbst zum monarchistischen Gehabe der Herrschenden im Jahre 1913 rund um den neu auf den Thron gesetzten Prinzen Ernst August und die Hochzeitsfeierlichkeiten der Kaisertochter äußert sich der „Volksfreund“ (Zeitung der Braunschweiger Sozialdemokratie) am 3. Nov. 1913 folgendermaßen: „In modernen Ländern entscheidet das Volk über die Regierungsform und bestimmt das Volk den Herrscher, der es regieren soll. Selbst die Chinesen haben sich ihren Präsidenten selbst gewählt. Kein Mensch glaubt heute mehr, dass es besondere Menschen

gäbe, in die die Gnade Gottes hinein gefahren wäre. Jetzt haben die Verhältnisse sich so entwickelt, dass die Monarchie keine Existenzberechtigung mehr hat, sondern höchstens im Museum für Altertümer im Glasschrank noch gezeigt werden kann. Die imperialistische Strömung unserer Zeit stärkt allerdings wieder den monarchischen Gedanken.

Aber dieser Zwergmonarchismus in einem Länderbröckchen wie Braunschweig ist einfach lächerlich. Wenn wir nicht selbst in Mitleidenschaft gezogen würden, so könnten wir das Ganze als eine lustige Komödie betrachten. Die ganze Thronbesteigungsgeschichte gäbe Stoff zu einer Operette in der Art der lustigen Witwe.

Als vernünftige Menschen müssen wir den ganzen Monarchismus lächerlich finden. Wir treten deshalb für die Republik ein...“



# Gurre goes Berlin – Der Höhepunkt vom Kulturprojekt 1913/2013

In einer Pressemitteilung wird groß angekündigt, dass der erste Höhepunkt des Kulturprojekts 1913/2013 feststeht: Die Gurre-Lieder von Arnold Schoenberg werden in Berlin aufgeführt. Klingt erst einmal gut, ist es das aber auch?

Erinnern wir uns kurz an den Anlass für diese Aufführung: Braunschweig möchte feiern, und weil es 2013 keinen echten Grund dazu gibt, kam jemand auf die Idee, den 100. Hochzeitstag von Victoria Luise zu feiern. Dass diese Hochzeit gar nicht in Braunschweig, sondern in Berlin stattfand, wurde erst einmal ignoriert. Ebenso dass Luise eine starke Cognac-Trinkerin und Reval-Raucherin war, die sich ihre „Autobiografie“ von einem rechtsradikalen Verleger schreiben ließ und eher in die Reihe der Braunschweiger Originale passt.

Nach vielen Protesten wurde das Kon-

zept der Veranstaltung nun erweitert und trägt den sperrigen Titel: „1913/2013 – Braunschweig zwischen Monarchie und Moderne“, oft mit dem Zusatz: die Welfen/Hohenzollernhochzeit (sic!). Oder irgendwie so ähnlich. Wie beim Konzept konnte man sich noch nicht auf einen richtigen Titel einigen.

Nun wird der große Höhepunkt angepriesen: Das Staatstheater spielt die Gurre-Lieder von Arnold Schoenberg in Berlin. Das beweist Humor in vielfacher Hinsicht. Schoenberg war gebürtiger Wiener und hatte mit der Welfen-/Hohenzollernhochzeit nichts am Hut. Für ein Kulturprojekt mit dem Titel 1913/2013 ist er genau der richtige Komponist, er litt an Triskaidekapho-



**Tolle Kultur**  
 anstatt aller Herzöge und Brunonia!

bie, das heißt, er fürchtete sich vor der Zahl 13.

Er wurde an einem 13. geboren, sein Todestag fiel auf einen Freitag den 13. Und der Missbrauch seiner Gurre-Lieder für hoheitlichen Popanz fällt ins Jahr 2013.



Geschrieben von: Lord Schaad

# Verborgene Karriere im Klärwerk

## Schwarzer Filz? Wie die Gattin von Finanzdezernent Stegemann Karriere macht.

Sie ist blond, ausgebildete Juristin, CDU-Mitglied und Gattin des jungen Braunschweiger Finanz- und Sportdezernenten Ulrich Stegemann (CDU). Dennoch nimmt die berufliche Vita von Melanie S. aus Wendeburg-Neubrück keinen geradlinigen Verlauf. In den vergangenen Jahren ihrer Karriere tauchte sie immer mal wieder in neuen Betätigungsfeldern auf – seltsamer Weise bei städtischen Gesellschaften, die als ausgegliederte „Unternehmen“ der Stadt Braunschweig kaum unter Kontrolle des Rates stehen.

## Arbeitsbeschaffung durch CDU-Seilschaften?

War der prominente Dezernenten-Gatte mit Hilfe von CDU-Seilschaften bei diesen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für seine Ehefrau Melanie S. unterstützend tätig? Es riecht nach schwarzem Filz.

Spurensuche. Wie die Redaktion „Unser-Braunschweig“ ermittelte, soll Melanie S. zunächst ein halbes Jahr bei der Braunschweiger Verkehrs-AG beschäftigt gewesen sein. Damals nannte sich ihr Ehemann Ulrich Stegemann noch „Dr. Ulrich Stegemann“ und leitete das Büro von Oberbürgermeister Dr. Gert Hoffmann. Seinen Dokortitel, angeblich im Ausland erworben, musste der smarte Jurist dann allerdings aus seinem Namen streichen. Die angebliche Promotion „ohne Präsenzpflicht“ wurde in Niedersachsen schlichtweg nicht anerkannt.

Gattin Melanie S. fand, obgleich ebenfalls nicht promoviert, auch schnell einen Job. Bei der Braunschweiger Verkehrs-AG, so ermittelte unsere Redaktion, soll sie befristet als Sachbearbeiterin für Lohnpfändungen und Rechtsangelegenheiten im Personalbereich untergebracht worden sein. Bei rund 500 Beschäftigten sei diese Stelle gerechtfertigt gewesen, behauptete die Verkehrs-AG. Offenbar beschäftigte die Verkehrs-AG seinerzeit ein Heer von aufrührerisch-unterbezahlten Schuldner, das eine eigene Sachbearbeiterin für ständige Lohnpfändungen notwendig machte.

## „Öffentliche Ausschreibung nicht in jedem Fall nötig“

„Unser-Braunschweig“ wollte von Verkehrs-AG Vorstand Georg Hohmann

wissen: Wie werden üblicherweise Stellenbesetzungen in der Verwaltung der Braunschweiger Verkehrs AG vorgenommen? Sind hierfür öffentliche Ausschreibungen verpflichtend vorgesehen, oder können Stellen quasi „unter der Hand“ per Anweisung vorgenommen werden?

Seine Antwort: „Im Laufe eines Jahres bekommt die Verkehrs-AG eine Vielzahl von Initiativbewerbungen von Mitarbeitern und auch von externen Bewerbern für alle Arbeitsbereiche. Dadurch ist es nicht in jedem Fall einer Arbeitsplatzbesetzung notwendig, eine „öffentliche Ausschreibung“ durchzuführen“. Der Betriebsrat der Verkehrs-AG werde bei jeder Stellenbesetzung im Sinne des Betriebsverfassungsgesetzes eingebunden. Er sei bei den Einstellungsgesprächen



mit dabei, und es erfolge im Anschluss ein Abstimmungsgespräch. Ob Melanie S. befristet im Personalbereich der Verkehrs-AG beschäftigt war – darüber schwieg Hohmann trotz Nachfrage. „Aus datenschutzrechtlichen Gründen erteilen wir über Namen, Inhalte und Zeiträume von Tätigkeiten grundsätzlich keine Auskünfte“, ließ er erklären. Auch die Prokuristin und kaufmännische Leiterin der Braunschweig Stadtmarketing GmbH, Ulrike Neumann, erklärte zu Nachfragen über die Beschäftigung von Melanie S.: „Wir können zu Fragen von Arbeitsverhältnissen aus datenschutzrechtlichen Gründen keine Auskunft geben.“

## Otto-Hostess im Hotel Kempinski

Dabei hatte unser Reporter in seiner Eigenschaft als Journalist doch Melanie S. mehrfach in Diensten des Stadtmarketings Braunschweig persönlich erle-

ben dürfen. So prüfte sie elegant gestylt im Kostümchen im noblen Berliner „Hotel Kempinski“ die Akkreditierungen der geladenen Pressevertreter zur Vorstellung des „Kaiser Otto Jahres“ und geleitete sie stilsicher zu deren Tischen. Dazu händigte sie Journalisten höchstselbst die Pressemappen mit den Eckdaten zum Programm rund um die bevorstehende Ausstellung aus. Und bei der letzten Fußball-WM im Jahr 2010 regelte Melanie S. als Beauftragte der Stadtmarketing Braunschweig GmbH sogar den Zugang zum Pressebereich beim Public Viewing vor dem Amtsgericht und auf dem eigens angemieteten VIP-Balkon des Braunschweiger „Schlosses“.

Welches Gehalt die gelernte Juristin in ihrer Eigenschaft als „Otto-Hostess“

lung ist pikant: Da mäanderte womöglich die Gattin eines Dezernenten als Leiharbeiterin durch städtische Gesellschaften...

Auch hierzu gibt es von der befragten SBBG weder eine Antwort noch ein Dementi. Bereits am 26. September 2012 um 14.35 Uhr sandte „Unser Braunschweig“ folgende Fragen an Joachim Roth (CDU), den Geschäftsführer der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH:

Müssen freie Stellen der SBBG öffentlich ausgeschrieben werden? Wenn ja: Wo und unter welchen Regularien werden diese Stellen ausgeschrieben? Darf die SBBG als 100-prozentige Tochter der Stadt Braunschweig selbständig neue Stellen einrichten, die sie dann ohne Kontrolle durch die Ratsgremien selbständig besetzt? Darf die SBBG eigene Mitarbeiter an andere städtische Gesellschaften ausleihen?

Trotz mehrfacher telefonischer Nachfrage antwortete Wirtschaftsdezernent Joachim Roth nicht auf diese Fragen. Auch der Gesamtpersonalratsvorsitzende der Stadt Braunschweig, Rolf Wettig, ließ nur durch Stadtpressesprecher Adrian Foitzik ausrichten: „Der GPR hat dazu nichts zu sagen.“

## Juristin nun tätig als Pressedame

Auskunftsfreudiger war da nur CDU-Urgestein Wolfgang Sehrt, der langjährige Fraktionschef im Rat der Stadt Braunschweig und jetzige Verbandsvorsteher des Abwasserverbands Braunschweig. Denn auch in dieser städtischen Gesellschaft, einer Körperschaft des öffentlichen Rechts mit knapp 60 Mitarbeitern, ist Melanie S. seit rund zwei Jahren tätig. Die Juristin arbeitet dort als so genannte „Pressedame“. In diversen Zeitungsveröffentlichungen des Jahres 2011, darunter in der „Aller Zeitung Gifhorn“ und der „Wolfsburger Allgemeine“, sowie am 17. 06. 2012 auf der Homepage der „Abwasserverband Braunschweig und Stadtentwässerung Braunschweig GmbH, Steinweg 26, 38100 Braunschweig“, wird Melanie S. als „Sprecherin“ bzw. „Pressesprecherin“ des Abwasserverband Braunschweig zitiert und dargestellt. Verbandsvorsteher Wolfgang Sehrt frank und frei dazu: „Ich habe mich darum noch nicht gekümmert“. Sein Verbandsgeschäftsführer Bernhard Teiser, auf den er unsere Redaktion telefonisch verwies, ließ

nach wochenlangen Emails und Telefonaten seine Untergebene Nadja Philipp verkünden: „Frau S. befindet sich momentan im Mutterschutzurlaub.“ Zu weitaus weniger intimen Persönlichkeitsdetails, wie etwa den Personalkosten oder zum Ausschreibungsmodus der Stelle, schwieg der Abwasserverband indes.

## Prognosen vor öffentlichen Kameras

Immerhin hat Melanie S. im Rahmen ihrer Möglichkeiten ein paar Mal im Licht der Öffentlichkeit gestanden. So kandidierte sie – wenn auch vergeblich – für die CDU bei der Kommunalwahl für den Ortsrat. Auf dem Gelände der Biogasanlage des Abwasserverbands Braunschweig bei Hillerse erklärte sie als „Pressesprecherin“ vor den Kameras von Lokalreportern, wie ein ferngesteuerter Mini-Helikopter mit seiner Digitalkamera Agrarflächen „während der Maisernte aus der Vogelperspektive“ darstellt. Und als Vertreterin der „Förderer“ eines Schulberufsinformationszentrums in Schwülper, das von verschiedenen Stiftungen und der Privatfirma „Baltin-Pflanzen“ sowie der öffentlich-rechtlichen Körperschaft Abwasserverband Braunschweig unterstützt wird, wagte Melanie S. sogar eine Prognose: „Der Kampf um Ausbildungsstellen wird sich in naher Zukunft verstärken.“

## Gemütliche Fahrt über die Rieselfelder

In eigener Sache dagegen ist sie nicht so auskunftsfreudig, auch zu Fragen die ihr „Unser-Braunschweig“ am 10. Oktober 2012 per Fax und Mail übersandte. So äußerte sie sich weder zu ihren Tätigkeiten in den verschiedensten Braunschweiger Beteiligungsgesellschaften – noch dazu, ob sie Bewerbungsverfahren durchlief. Oder wurde die Gattin des städtischen Dezernenten Ulrich Stegemann an Ausschreibungsverfahren vorbei beschäftigt?

Letzter medialer Höhepunkt des Schaffens von Melanie S. war die Einladung zum Tag der offenen Tür auf der Kläranlage Steinhof. Zum 17. Juni 2012 lud die Gattin des Braunschweiger Finanzdezernenten die Besucher nach „einer gemütlichen Fahrt über die Rieselfelder“ bei „Spielen, Essen und Trinken“ dazu ein, „Klärwerkstaucher beim Einsatz im Klärbecken“ zu beobachten.

Klaus Knodt

## Zuhause im bequemen Doppelbett

Immer wieder beschädigen seltsame Personalentscheidungen den Ruf der „Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH“ (SBBG). So verschwand die gerade erst neu verpflichtete Stadtbaurätin Maren Sommer, die Dr. Gert Hoffmanns Dezernenten-Riege laut dessen eigener Propaganda „jünger und weiblicher“ machen sollte, vor Jahresfrist überraschend unter dem großen Dach der SBBG – und wurde durch Heinz-Georg Leuer ersetzt. Mit Frau Sommer zog Juliane Lehmann (FDP) auf eine schnell geschaffene Stelle innerhalb des „Konzerns Stadt“ um. Das war für die ehemalige Ehefrau des Ersten Stadtrats Carsten Lehmann offenbar so lukrativ, dass sie dafür sogar ihr politisches Amt als vom Volk gewählte Vertreterin im Rat der Stadt Braunschweig aufgeben mochte. Und nun der Fall Melanie S. Was sie im „Konzern Braunschweig“ trieb und treibt, bleibt höchst nebulös. Auf der SBBG-Webseite stellt sich die Gesellschaft mit dürren Worten selbst vor: „Die zentrale Aufgabe des Betei-

gungsmanagements wird in enger Abstimmung mit der Stadt Braunschweig wahrgenommen. Weiterhin erbringt die Gesellschaft kaufmännische Dienstleistungen und ist als Vermieterin von gewerblich genutzten Immobilien aktiv.“ Immerhin: Als „Vermieterin“ gewerblicher Immobilien kennt sich Klärwerks-Sprecherin Melanie S. bestens aus. Auf der Webseite www.ostseeklar.de preist sie eine Ferienwohnung in der „Residenz Seestern“ an „Mecklenburgs zauberhafter Ostseeküste“ bei Boltenhagen an. „Fühlen Sie sich wie zuhause in unserem hellen, geräumigen Appartement.“ Tiefgarage, Flachbild-TV, Pool, Sauna, ein großer Westbalkon mit seitlichem Meerblick sowie ein „bequemes Doppelbett“ erwarte die Gäste, lädt Melanie S. potentielle Urlaubsgäste ein. Merkwürdig nur: Wenn man die dazu angegebene Handy-Nummer 0172-4108483 anwählt, meldet sich nicht etwa Melanie S. sondern die Mailbox von ihrem Gemahl, Braunschweigs Finanzdezernenten Ulrich Stegemann. (kno)

## Politik in Schattengesellschaften



Klaus Knodt

### Ein Kommentar von Klaus Knodt

Als Braunschweigs Versorgungsbetriebe vor rund zehn Jahren in städtische Gesellschaften unter dem Dach der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH umgewandelt wurden, fürchteten viele Bürger vor allem Eines: Einen Anstieg der Kosten und Gebühren für Strom, Gas, Wasser und den öffentlichen Nahverkehr. Nur wenige Kritiker warnten vor einem weiteren Effekt dieser Eingliederung der öffentlichen Daseinsvorsorge in den „Konzern Braunschweig“: Den Verlust der öffentlichen Kontrolle der entstehenden Schattenhaushalte und

-unternehmen durch die gewählten Vertreter des Rates der Stadt Braunschweig.

Genau sie scheinen Recht behalten zu haben. Was in der SBBG und ihren Untergesellschaften mit einem Stammkapital von sagenhaften 32.723.000 Euro geschieht, wer wo die Fäden zieht, welche Ausgaben, Investitionen und Aufgaben wer übernimmt, welche Positionen durch wen besetzt werden – all dies ist inzwischen nahezu undurchschaubar geworden. Unter dem Dach der SBBG baut und saniert die Stadt Wohnungen und ganze Schulen, investiert sie in Energie- und Verkehrsinfrastruktur, verschiebt sie Pöstchen und gut dotierte Posten.

Das alles hat sich wohl nicht zufällig entwickelt, sondern als Teil einer Strategie, mit der Oberbürgermeister Dr. Gert Hoffmann im Verlauf der letzten zehn Jahre den „Konzern Braunschweig“ an seine Bedürfnisse und Anforderungen angepasst hat. Denn

nur durch Täuschen, Tarnen und Verstecken kann er offenbar das Märchen von der „faktisch schuldenfreien Stadt“, das er seit Jahren den Reportern der bürgerlichen Presse in die Schreibblöcke diktiert, noch aufrecht erhalten. Die Ratsgremien dürfen derweil über Peanuts zanken, die er ihnen wie Brosamen vorwirft – ein paar Hunderttausend mehr für eine Ausstellung, die niemand braucht, oder ein „Schlossmuseum“, das kaum jemand besucht. Sein Adlatus und ehemaliger Adjunkt Stegemann rechnet derweil als Finanzdezernent die Kosten für ein umstrittenes Modell zur PPP-Schulsanierung schön. Dass dessen Gattin unter dem Dach städtischer Schattengesellschaften und merkwürdigen Umständen ein fröhliches Jobhopping betreiben kann, darf dann Niemanden wundern.

Vielleicht sollte man den stolzen „Konzern Braunschweig“ ja doch wieder in „Städtische Versorgungsbetriebe“ umbenennen...

# Neues FBZ - in die Mitte der Stadt



aus „Bohlweg-Zeiten“

Als die Verwaltung den Vorschlag für ein Kultur- und Veranstaltungszentrum bekannt machte, glaubten viele an einen Scherz. Ausgerechnet ein zu Bußgeld verurteilter Umweltsünder steht jetzt für Integrität und soll sein gescheitertes Konzept eines Amphitheaters veredelt bekommen.

Die Rede ist vom Madamenweg, wo sich die Millennium-Halle des Herrn Lindemann befindet. Am 11.10. zur Ratssitzung sollte diese Vorlage, Neues Veranstaltungszentrum „Multi-funktionshalle“ verabschiedet werden. So war es geplant, doch es kam anders. Dass das Projekt jetzt von der Tagesordnung gestrichen ist, liegt an der SPD, die Beratungsbedarf angemeldet hat. Man konnte im Kulturausschuss die betroffenen CDU-Gesichter sehen, das war wohl anders verabredet worden. Wenn man sich jetzt die Pressemitteilung des Oberbürgermeisters ansieht, dann kapiert man schon, dass da ein Problem ist. Der Oberbürgermeister sagt jetzt, wir machen Bürgerbeteiligung. Ich bin doch der Freund aller Braunschweiger, was wollt ihr denn – wir haben doch alle Zeit der Welt. Im Hinblick auf die SPD meint er, dass es früher ja auch 10 Jahre gebraucht hat, um das FBZ zu starten. Dies ist meiner Meinung nach ein Versuch, die SPD zu disziplinieren. Aber was soll's, dies ist das Problem von Herrn Hoffmann.

Am 6. 10. haben sich Kulturschaffende und -interessierte getroffen, um zu beraten welche Bedürfnisse die Betroffenen und die Interessierten selbst haben. Da kann man erst mal feststellen, dass über die Köpfe der Betroffen-

nen hinweg über sie diskutiert wird aber nicht mit ihnen. Es verwundert nicht, dass in der Verwaltungsvorlage die Kunstmühle beispielsweise als einer der möglichen Orte genannt wird. Die Betroffenen selbst aber erklären, dass sie das aber nicht leisten können, aber auch nicht wollen. Ein anderes Projekt das ebenfalls genannt



aus „Bohlweg-Zeiten“

»Der Träumende Mund«

wurde, ist das Fireabend; dort geht es den Leuten genau so. Ein Kulturschaffender formulierte treffend, dass das B 58 ein gut funktionierendes Jugendzentrum sei mit Konzerten und Lesungen. Es wäre Unsinn dem ein anderes Konzept überzustülpen und daraus ein FBZ zu machen. Wer sich mit der 13-seitigen Verwaltungsvorlage und den 3 Seiten Anhang beschäftigt wird feststellen, dass da viel organisatorischer Kram drinsteht, doch vergebens wird man nach einer Bedarfsanalyse suchen

– geschweige denn, man findet einen Wirtschaftsplan zum favorisierten Konzept. Daran merkt man, wie eine Kultureinrichtung inhaltlich von Seiten der Verwaltung gesehen wird. Es wird kein Kulturzentrum gewollt, sondern eine abgespeckte zweite VW-Halle.

Es verwundert doch sehr, dass nicht zusammengetragen wird, was die Kulturschaffenden brauchen. Auf dem ersten Treffen der oben genannten Gruppe waren sich die Teilnehmer darüber einig, dass die Millennium-Halle ungeeignet ist und dass ein neues FBZ in der Mitte der Stadt liegen muss und gut erreichbar sein muss. Ich zum Beispiel bin Anhänger des alten FBZ - nicht aus nostalgischen Gründen - sondern wegen der Einfachheit des Angebotes. Was mich bei der Verwaltungsvorlage stört ist, dass Kultur reglementiert werden soll. Ich will die Einfachheit von damals. Man sagte zum Beispiel: „Heute sind wir 10 Leute, habt ihr einen Raum frei?“ „Ja haben wir frei“ - und geko-

stet hat es auch nichts. Ich halte es für sehr wichtig, dass es Räume umsonst geben soll. Bei dem Treffen sprachen sich auch Teilnehmer für ein Konzept aus, dass statt dessen auch Formen der Selbstverwaltung in ein zukünftiges Haus integriert. Man könnte sich vorstellen, dass hauptamtliche Kräfte und ein eigener, selbst verwalteter Trägerverein das Kulturhaus betreiben. Beim Lesen der Verwaltungsvorlage habe ich den Eindruck gewonnen, dass Kultur verwaltet werden soll. Ich persön-



aus „Bohlweg-Zeiten“

lich würde es begrüßen, wenn die Kulturschaffenden und Interessierten selbst formulieren, was sie wünschen. Bei der ersten Aussprache wurde deutlich, dass sich viele Kulturschaffende schlecht behandelt fühlen. Die Vielen, die in der subkulturellen Szene tätig sind, gehen bei den Fördergeldern zu 90% leer aus. Ohne die Szene der Subkultur wäre die Stadt aber erheblich langweiliger.

Die Anerkennung wird ihnen weitgehend verweigert, wie ein Kulturschaffender treffend äußert. In der Presseerklärung des Oberbürgermeisters gibt es Hoffnung, denn er meint, dass er sich für ein neues Kulturzentrum auch andere Standorte vorstellen kann. Da sollte man ihn beim Wort nehmen und neue Standorte in die Diskussion bringen.

Ein möglicher weiterer Vorschlag wäre auch das Badezentrum Gliesma-

rode, in dem Gebiet stellt die Stadt zurzeit einen Bebauungsplan auf. Hier finden wir eine ausreichende Freifläche vor, in der Nachbarschaft reichlich Parkmöglichkeiten. Das Gebäude selbst ist groß genug für 1000 und mehr Besucher und hat ein Café, reichlich Umkleieräume - also ein Gebäude, das man gut umnutzen könnte trotz Sanierungskosten. Andere Standorte könnten der ehemalige alte Bahnhof, der City- Point oder die Fliegerhalle sein.

Gegenüber der Stadthalle gibt es ein großes Gelände, das nun Herr Borek gekauft haben soll. Auch hier könnte man einen Teil erwerben. Wenn die Stadt den politischen Willen aufbringen würde, wären kreative und kostengünstige Lösungen möglich.

Bernd Müller

Fotos: David Taylor

## Das Märchen vom fliegenden Simulator



Die Volkswagen AG wünschte eine Verlängerung der Start- und Landebahn des Braunschweiger Flughafens für Langstreckenflüge. Ohne öffentliches Interesse war ein solches Vorhaben aber nicht umsetzbar. Man hatte jedoch den Nds. Ministerpräsidenten Wulff als Aufsichtsratsmitglied von VW und das von staatlicher Förderung abhängige Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR). Das DLR lieferte sodann das fehlende öffentliche Interesse an einer Bahnverlängerung. „Der Einsatz des ATTAS\*-in-Flight-Simulators auf Airbus-A320-200-Basis machen das Vorhaben erforderlich“ hieß es danach im Planfeststellungsbeschluss für die Verlängerung der Rollbahn. Hierfür wäre allerdings ein tiefgehender Eingriff in die Programmierung der Bord-

rechner des A320 erforderlich gewesen, um das Flugverhalten unterschiedlicher Flugzeuge im Fluge nachbilden (simulieren) zu können. Bereits damals kamen Stimmen auf, die den A320 für eine derartige Aufgabe für vollkommen ungeeignet hielten. Nicht ohne Grund hatte das DLR daher seinen Airbus A320 noch im gleichen Jahre der Firma Airbus zur Verfügung gestellt und kommentiert: „Während der umfangreichen und zeitaufwändigen Vorbereitungen zum Betrieb dieses so komplexen Flugzeugs ist es für etwa zwei Jahre an Airbus Deutschland im Rahmen einer langfristig angelegten Forschungskooperation verliehen. Während dieser Zeit erhält Airbus die Möglichkeit, eigene Versuche, aber auch Versuche in Zusammenarbeit mit DLR-Instituten durchzuführen.“ Seitdem war vom A320 des DLR als „fliegender Simulator“ keine Rede mehr. Mal wurde das

Flugzeug für Taxi-Vibrations-Tests auf dem Sonderflughafen Manching bei Ingolstadt eingesetzt, mal tingelte es nach Tianjin/China zu Eröffnung einer dritten Montagelinie für die A320-Familie, mal flog es zur Demonstration der Brennstoffzellentechnik durch die Gegend, mal diente es der Entwicklung eines elektrisch betriebenen Bugrads oder wurde bei automatischen Anflug- und Landeversuchen am Flughafen Toluca in Mexiko gesichtet. Wo war hierbei ein öffentliches Interesse – also das des deutschen Steuerzahlers – festzustellen? Und war hierfür eine Verlängerung der Start- und Landebahn in Braunschweig für 38 Mio. Euro, verbunden mit dem Verlust von über 40.000 Bäumen in einem Naturschutzgebiet, gerechtfertigt? Noch am 27.05.2008 hatte das DLR bekannt gegeben: „Das jüngste Flottenmitglied, der Airbus A320 ATRA\*\*, wird ab Ende 2008 die Nachfolge von ATTAS antreten.“ Das Jahr 2008 verging und nichts dergleichen geschah. Das Maga-

zin Rockefeller berichtete am 12.3.2012 über ATTAS und dessen Nachfolger: „Nun lassen Risse in einer Turbinenschaukel nach 27 Jahren im DLR-Dienst keine wirtschaftliche Überholung mehr zu. Über einen Nachfolger ist noch nicht entschieden.“ Am 27.6.2012 gab dann das DLR die Stilllegung des ATTAS bekannt und kommentierte: „Ersatzteile für diesen Flugzeugtyp gibt es nicht mehr; der Einbau anderer Triebwerke in ATTAS würde einen immensen Konstruktions-, Erprobungs- und Zulassungsaufwand erfordern, den man – angesichts des Ausfallrisikos anderer ATTAS-Komponenten – besser in die Umrüstung eines vergleichbaren, modernen Flugzeugs investieren sollte.“ Kein Wort also über dessen angeblichen Nachfolger A320.

Alle Vorhaben mit dem A320 des DLR werden im Internet unter [http://www.dlr.de/ft/desktopdefault.aspx/tabid-1387/1915\\_read-15833/](http://www.dlr.de/ft/desktopdefault.aspx/tabid-1387/1915_read-15833/) ausführlich beschrieben – nur vom fliegenden Simulator ist auch dort keine Rede

mehr. Am 1.10.2012 – also sechs Jahre nach dem Erwerb des A320 – teilte das DLR mit, man habe seit September 2012 die volle Verantwortung für den Betrieb des Flugzeugs übernommen. Als nächstes wolle man die Innenraumakustik von Flugzeugen, die automatische Flugplanung und ein ökoeffizientes Fliegen erforschen. Für keines der Vorhaben ist jedoch eine längere Start- und Landebahn als die ehemals in Braunschweig vorhandene zwingend erforderlich. Das mittlerweile vergessene Märchen vom fliegenden Simulator, für den einst eine Bahnverlängerung angeblich im öffentlichen Interesse lag, hat jedoch in der Zwischenzeit immerhin die gewünschte Bahnverlängerung für die Volkswagen AG aus Steuermitteln möglich gemacht und damit seine Schuldigkeit getan.

\*ATTAS – Advanced Technologies Testing Aircraft System

\*\*ATRA – Advanced Technology Research Aircraft

Ralf Beyer

# Für eine Änderung des nieders. Schulgesetzes

Fragen der Redaktion von „Unser-Braunschweig“ an den SPD-Kandidaten Christos Pantazis zur Landtagswahl, Jan. 2013, im Wahlkreis Nord.

**Falls Anfang des nächsten Jahres ein Regierungswechsel in Hannover stattfindet, welche Veränderungen des Schulgesetzes (z.B. Gesamtschulen) strebt dann die SPD an?**

Vornweg, ich bin kein Freund der Tatsache, dass Bildungspolitik auf Landesebene organisiert ist. Dies führt innerhalb unserer Republik zu einem bildungspolitischen Flickenteppich, da in 16 Bundesländern jeweils unterschiedliche Gesetze herrschen.

Was mich – und sicherlich viele Eltern – in Wut versetzt, ist die Tatsache dass zu jeder Landtagswahl eher ideologische Grabenkämpfe um Bildung, Ausbildung und Schule geführt werden als die Zukunft unserer Kinder in den Mittelpunkt zu rücken.

Leider hat die jetzige Landesregierung gerade auf dem Bildungssektor diese Grabenkämpfe durch diverse Gesetze noch vertieft. Nehmen wir zum Beispiel die gesetzliche Benachteiligung der Integrierten Gesamtschulen. Vor allem die Auflage der CDU/FDP-Regierung, neue Gesamtschulen müssten mindestens fünf Parallelklassen pro Jahrgang haben – die so genannte Fünzfügigkeit – soll in Wirklichkeit die Gründung neuer Schulen erschweren. Meine Überzeugung – auch als ehemaliger Gymnasiast – ist folgende: Gesamtschulen soll es überall dort geben, wo Eltern und Schulträger dies wünschen. Wenn Eltern ihr Kind auf eine Gesamtschule schicken möchten, muss das möglich sein. Die derzeitigen Hürden für die Einrichtung neuer Gesamtschulen sind daher ideologisch motiviert, unsinnig und bürokratisch. Wir werden daher diese Benachteiligung rückgängig machen, so dass auch kleinere Gesamtschulen mit vier, in Ausnahmen auch drei Parallelklassen

(Vier- oder Dreizügigkeit) genehmigt werden.

**Welche Rolle sollen die Gesamtschulen im Schulsystem spielen?**

Kurz: Eine gleichberechtigte Rolle unter den verschiedenen Schulformen! Ich bin der festen Überzeugung, dass es ohne gute Bildung für alle keine Gerechtigkeit gibt – und ohne Gerechtigkeit gibt es keinen gesellschaftlichen Fortschritt mit besseren Lebensperspektiven für die Menschen in unserem Land. Allerdings müssen wir aber feststellen, dass bis heute die soziale Herkunft viel zu oft über die Bildungschancen unserer Kinder und Jugendlichen entscheidet: in Deutschland häufiger als in anderen Ländern. Insbesondere das dreigliedrige Niedersächsische Bildungssystem mit seiner Selektion nach der 4. Klasse zementiert die ungleiche Verteilung von Lebenschancen statt Zukunftsperspektiven für alle zu eröffnen.

**Welche Auswirkungen könnte eine Veränderung des Schulgesetzes auf BS haben?**

Ganz konkret: Der Elternwille wird endlich nicht mehr mit Füßen getreten! Denn bei genauerer Betrachtung der von der Stadt bekannt gegebenen offiziellen Anmeldezahlen der weiterführenden Schulen müssen wir feststellen, dass noch immer mehrere hundert Schüler, die zu einer Gesamtschule wechseln möchten, eine Absage erhalten, da nicht ausreichend IGS-Plätze vorhanden sind. Die Einrichtung einer weiteren IGS wird allerdings gerade durch die ideologisch motivierte CDU/FDP-Landesregierung erschwert. Setzt sie doch bei der Einrichtung neuer Gesamtschulen im Stadtgebiet die so genannte Fünzfügigkeit zwingend voraus. Diese gesetzliche Benachteiligung der Integrierten Gesamtschulen – mit den oben aufgeführten Folgen – sind für mich und die SPD weiterhin nicht hinnehmbar!

**Wichtig für die Schule ist die perso-**

**nelle Ausstattung. Was hat hier die SPD vor?**

In dem vorliegenden SPD-Regierungsentwurf zur Landtagswahl 2013 machen wir uns stark für einen Stufenplan mit sinnvollen Schritten hin zu kleineren Klassen. Er legt fest, wie viele Schülerinnen und Schüler in einer Klasse sein sollen. Insbesondere an den Gymnasien und den Gesamtschulen sind die Klassen zu groß. Langfristig wollen wir maximal 24 Kinder pro Klasse erreichen.

Mir ist bewusst, dass dafür mehr Lehrerinnen und Lehrer benötigt werden. Da wir nichts versprechen, was wir nicht halten können, brauchen wir einen realistischen und auch finanzierbaren Stufenplan. Deshalb wollen wir die Höhe der Steuermittel, die in die Bildung unserer Kinder fließen, nicht absenken, selbst wenn die Schülerzahlen zurückgehen werden. Ferner werden wir Steuersenkungsplänen der Bundesregierung bei der Einkommensbesteuerung oder der Einführung einer „Herdprämie“ unsere Zustimmung verweigern: Dadurch entgehen dem Land Einnahmen von mehreren hundert Millionen Euro pro Jahr!

Wir wissen aber auch, dass kleine Klassen und ausreichende Lehrkräfte nicht sofort besseren Unterricht bedeuten. Eine gute Schule braucht auch Schulsozialarbeit, Schulpsychologie und Beratungslehrkräfte, die genügend Zeit für die Schülerinnen und Schüler haben.

Wir möchten, dass Schulsozialarbeit an allen Schulen möglich ist, weil sie zum Gesamtbild einer guten Schule gehört und deshalb Landesaufgabe ist! Der SPD und mir ist hierbei bewusst, dass alle diese Aufgaben eine beständige und verlässliche Beziehungsarbeit sowie Vertrauen zwischen den Personen brauchen. Wir wollen deshalb auch für Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter unbefristete Arbeitsverträge, die nach Tarif bezahlt

werden.

**Was soll mit Althumanns Oberschulen geschehen? Soll man sie zu Gesamtschulen ausbauen?**

Zunächst müssen wir deutlich machen was sich unter dem Namen Oberschule eigentlich verbirgt. In der „kleinen“ Form ist sie eine nur wenig verbesserte, verbundene Haupt- und Realschule, in der „großen“ Form (mit Gymnasialangebot) eine verschlechterte Kooperative Gesamtschule (ohne Oberstufe). Bei genauerer Betrachtung wird also deutlich, dass diese neue Schulform unnötig ist, weil sie nichts wirklich Neues bietet.

Die SPD ist sich darin einig, dass dem Problem der zurückgehenden Schülerzahlen kein Konzept zugrunde liegt, sondern eine nur kurzfristig wirksame Standortsicherung entgegengesetzt wird. Hinter der Einführung der Oberschule sollte auch ein pädagogisches Ziel zu finden sein. Länger gemeinsam und voneinander zu lernen, mit sozialpädagogischer Unterstützung, an einer echten, voll ausgestatteten Ganztagschule, ohne den Zwang zum Turbo-Abi ... das wären Qualitätsmerkmale! Allerdings werden diese nicht verwirklicht.

Ich bin der Überzeugung, dass die Herausforderung niedersächsischer Bildungspolitik darin besteht muss, einen Konsens zu entwickeln, wie die Schullandschaft über Legislaturperioden hinaus in ruhige Bahnen gelenkt werden kann. Der Entwurf eines SPD-Regierungsprogramms zur Landtagswahl 2013 hält in diesem Fall fest, dass „Oberschulen auch künftig möglich sein“ können, wenn Eltern und kommunale Schulträger es wünschen. Im Gegensatz zur CDU/FDP-Landesregierung wollen wir niemanden bei der Einrichtung solcher Schulformen be-



vormunden. Allerdings werden wir den Eltern und kommunalen Schulträgern anbieten, solche Standorte nach dem Wahlsieg 2013 zu Gesamtschulen weiterzuentwickeln. Ohne einen Radikalumbau, sondern durch eine Weiterentwicklung können wir hierdurch für den Bildungskonsens sorgen, den Schüler, Eltern, Schulträger, Lehrkräfte so herbeisehnen und der endlich für mehr Ruhe in der Schullandschaft sorgen wird.

**Ist die SPD bereit, die von der CDU aufgelöste Landeszentrale für politische Bildung wieder einzurichten?**

Eindeutig ja! Wir – und ich persönlich – erachten die Abschaffung der Landeszentrale für politische Bildung für einen großen Fehler, weil die politische Bildung und gesellschaftliche Aufklärungsarbeit adäquate Instrumente und Institutionen wie diese braucht. Mit der Schließung der Landeszentrale durch die CDU/FDP-Landesregierung ist Niedersachsen übrigens das einzige Bundesland das keine solche Zentrale besitzt. Vor dem Hintergrund der rechtsextrem motivierten Terrorakte des sog. Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) ist es für mich und die SPD nicht hinnehmbar, dass politische Bildung hier wirtschaftlichen Gesichtspunkten untergeordnet worden ist.

## Gemeinschaftliches Wohnen - wäre das was für mich?

### Leben in Gemeinschaft

Auch in Braunschweig erfreut sich das Thema Gemeinsames Wohnen immer größerer Aufmerksamkeit: Drei Wohnprojekte sind schon realisiert, und circa zehn Zusammenschlüsse von Menschen planen derzeit, sich ein Wohnumfeld zu schaffen, das nach eigenen Vorstellungen gestaltet ist.

Und es gibt sehr viele Menschen in Braunschweig, die sich eine alternative Lebensform wünschen, aber noch keine Anbindung an eine Gruppe gefunden haben. An diese Menschen richtet sich das Seminar.

### Wäre das was für mich?

Die Idee vom gemeinschaftlichen Wohnen ist immer mal wieder da. Aber will ich sie wirklich umsetzen?

### Was gewinne ich, was gebe ich auf, was käme auf mich zu, wie soll das eigentlich genau aussehen? Und mit wem denn bitte?!

Auf dem Seminar geht es um eine persönliche Auseinandersetzung mit diesen Fragen. Es werden Formen von Wohnprojekten vorgestellt und mögliche Ideen aufgezeigt, die Gruppen zusammenführen und halten.

Vielleicht ergibt sich der eine oder andere Kontakt auf dem Seminar, um ein neues Wohnprojekt auf den Weg zu bringen.

Seminar am 10.11.2012 von 10-16 Uhr,  
Kosten 40 €  
im: MehrGenerationenHaus  
Braunschweig

Netzwerk Gemeinsam Wohnen  
Braunschweig

Referenten: Linda zum Felde, Wolfgang Wochers, Ilse Bartels-Langweige

Bitte melden Sie sich an: Mütterzentrum Braunschweig e.V./MehrGenerationenHaus, Hugo Luther Str. 60A, Braunschweig

Telefon: 0531-895450 e-Mail: info@muetterzentrum-braunschweig.de

Unsere Kontoverbindung: Braunschweigische Landesparkasse, Konto: 3318111, Bankleitzahl: 25050000

Mehr Informationen  
finden Sie im Internet unter  
[www.bibs-fraktion.de](http://www.bibs-fraktion.de)



Mit einem Euro  
die nächste Ausgabe sichern.

Spendenkonto: Bürgerinitiative  
Braunschweig (BIBS)  
Kto. Nr. 151 322 195 bei der  
Braunschweigischen  
Landessparkasse (BLZ 250 500 00),  
Stichwort „Spende“.

Als „Parteispende“ steuerlich  
absetzbar!

### Impressum

Herausg.: Bürgerinitiative Braunschweig (BIBS)  
redaktion@buergerinitiativen-braunschweig.de  
ViSdP: Werner Bamstorff, Pregelstraße 8,  
38120 Braunschweig  
Redaktion: Ingeborg Gerlach  
Druckerei: Druckhaus Schlaeger GmbH & Co. KG  
Wolterfer Straße 116-118, 31224 Peine